



## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2019

### Christian Volk / Winfried Thaa (Hrsg.): Formwandel der Demokratie.

Baden-Baden: Nomos, 2018 (= Schriftenreihe der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, Band 36), 325 S. : Ill., ISBN: 978-3-8487-5410-6

Mit „Formwandel der Demokratie“ legen Volk und Thaa einen weiteren Band in der lobenswerten Reihe vor, die Arbeit der Gliederungen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Dieser Band präsentiert die verschriftlichten Beiträge einer Tagung der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, so dass von vornherein mit einer beträchtlichen thematischen Tiefe zu rechnen ist.

In Zeiten, in denen immer weiter steigender Komplexität mit Methoden immer weiter fortschreitender Versimplifizierung begegnet wird und in denen die großen Vereinfacher des Populismus von Rechts nach Links Erfolge feiern, sind Zusammenkünfte wie die der DVPW, wenn es um Politik geht, und anderer wissenschaftlicher Vereinigungen in ihren Spezialgebieten, umso wichtiger. Anlässe und Themen gibt es mehr als genug.

„Diskutierte die Politikwissenschaft vor kurzem noch über die korrekte Zählweise der verschiedenen weltweiten Demokratisierungswellen, so scheint heute die Existenz der liberalen Demokratie selbst in ihren westlichen Stammländern bedroht“, schreiben die Herausgeber in der Einleitung (S. 9). Auch in dieser Einschätzung dürfte das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 bedeutsam sein, das allerdings bei der Tagung in 2017 noch bevorstand – hier waren die Aspekte eher der Wahlsieg von Donald Trump, der Brexit oder autoritäre Tendenzen im Osten Europas.

Es geht hier allerdings nicht um Parteien und deren Politik, sondern eher ums Große und Ganze. Der Begriff „Postdemokratie“, im Rückgriff auf die Thesen von Colin Crouch aus 2004, wirkt nach und mahnt Befassung an. Die Herausgeber zumindest halten es für „auch heute noch keineswegs ausgemacht, dass die vor mehr als zweihundert Jahren einsetzende Demokratisierung moderner Gesellschaften in den 1960er und 1970er Jahren mit den korporatistischen, stark sozialdemokratisch geprägten Formen politischer Inklusion ihren Höhepunkt gefunden haben soll und wir danach nur noch eine Verfallsgeschichte, eine [...] Entleerung demokratischer Formen beobachten können“ (S. 10).

Laut Volk und Thaa ist ein „grundlegender, in seinen Auswirkungen immer noch unklarer Wandel im Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Öffentlichkeit und repräsentativen Institutionen“ festzustellen. Beobachten wir etwa, fragen die Herausgeber, sozusagen wissenschaft-



lich in die Soziologie hinübergrüßend, einen neuen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“? Gibt es, Rosanvallon zitierend, eine neue „Demokratie der Aneignung“, wo soziale Netzwerke mit E-Petitionen oder ähnlichem die Regie übernehmen? Oder „zerfällt die übergreifende politische Öffentlichkeit [...] in eine demoskopische Simulation von Meinungsbildung einerseits und eine Vielzahl unverbundener, selbstreferenzieller Teilöffentlichkeiten andererseits“ (S. 11)? Die Herausgeber sehen aktuell „Veränderungen, die sehr grundsätzlich das Verhältnis von Gleichheit und Demokratie, von gesellschaftlicher Pluralität und politischer Repräsentation, von Individuen, Öffentlichkeit und intermediären Strukturen betreffen“ (S. 13).

Vier Themenkomplexe wurden bei der Tagung in Beiträgen behandelt: Der erste Komplex beschäftigt sich mit Tendenzen zwischen Krise und Chancen der Demokratie, zwischen ihrer Ablehnung und einem „Unbehagen“ an ihr. Die Beiträge zeigen durchaus unterschiedliche Ansätze. So sieht Catherine Colliot-Thélène den aufkommenden Populismus nicht als Zeichen von Desinteresse an Politik, sondern als Manifestation des Substanzverlustes „einer bestimmten Organisationsform“ (S. 31), während Veith Selk die Notwendigkeit betont, dass mit dem Ziel der allgemeinen Akzeptanz den Bürgerinnen und Bürgern der Wandel der Demokratie zunächst verständlich gemacht werden müsste. André Brodocz sieht im fortlaufenden Narrativ der „Krisen“ der Demokratie eben den Grund für die Erwartung in der Bevölkerung, dass sie auch von in der Form gewandelter Demokratie erneut enttäuscht würden. Michel Dormal sieht in seinem sehr spannenden Beitrag die Gefahr, dass durch das marktkonforme fortlaufende „Monitoring“ demokratischer Entscheidungen das „Versprechen einer positiven Gestaltung der gesellschaftlichen Machtkonkurrenz“ (S. 90) gar nicht mehr eingelöst werden könnte.

Der zweite Themenblock beschäftigt sich mit den Potenzialen populistischer Bewegungen in konkreten Krisensituationen der Demokratie, hat also hohen aktuellen Bezug – wenn man denn den Prämissen aus dem ersten Themenblock folgt. Paula Diehl beschäftigt sich mit der italienischen 5-Sterne-Bewegung, die „eine Art Laboratorium für die Untersuchung neuer Tendenzen in der aktuellen Demokratie“ (S. 150) sei. Claudia Landwehr fragt, inwieweit der Zustand der Demokratie tatsächlich auf einen Formwandel demokratischer Herrschaftsformen hinweist, oder ob das Ganze eher auf der theoretischen Ebene der Kritik von Demokratiekonzeptionen verbleibt. Olaf Janns argumentiert von einem anderen, eher sozialstrukturellen Ansatz aus und versucht sich in der Darstellung einer Demokratisierung der Demokratie, die den Populismus als eine Art Seismograph eines Bürgerprotests sieht.

Im dritten Themenfeld steht die Frage an, ob neue Partizipationsformen eine „neue Demokratie“ bringen. Die Beiträge behandeln neue deliberative Beteiligungsformen als demokratische Innovationen (Gary S. Schaal und Fränze Wilhelm) und das Petitionswesen des Deutschen Bundestages im Lichte populistischer Entwicklungen und der Bedürfnisse des Parlamentarismus (Markus Linden); der dritte Beitrag verschriftlicht eine Podiumsdiskussion zum Thema „Mehr Partizipation – weniger Demokratie?“

Der vierte Themenblock liefert Beiträge zu den grundlegenden Herausforderungen, vor denen nationalstaatlich verfasste Demokratien heute stehen. Julia Schulze-Wessel widmet sich dem Aufbrechen des nationalstaatlichen Rahmens und der Frage der verfassten Demokratie in Bezug auf Änderungen in der Staatsbürger-Konzeption. Anna Meine fragt, wie eine demokratische Ordnung im Zuge der Globalisierung auch jenseits des Staates aussehen soll. Und Markus Patberg befasst sich mit einem „demokratischen Neuanfang in der Europäischen Union“ mit der Möglichkeit einer „verfassungsgebenden Gewalt jenseits des Staates“ (S. 315).

Die lesenswerte Publikation bewegt sich auf einem bemerkenswert hohen wissenschaftlichen Niveau und zeigt eine große Vielfalt meinungsstarker Beiträge. Leider muss man sich beim „Nachlesen“ mit den verschriftlichten Beiträgen begnügen; manche diskussionswürdigen Punkte mögen, unarchiviert, bei den Diskussionen zu den Vorträgen angesprochen worden

sein, bleiben für den Leser aber unlösbar. Was aber wahrlich nichts Negatives ist – die Chance zu entsprechenden Debatten wird kommen.

Berlin

Thomas Volkmann



ARCHIV DES  
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung  
*Für die Freiheit.*

in Kooperation mit

